

Neue Ansätze für einen alten Konflikt

Hat die Ersetzung von Wladislaw Surkow durch Dmitri Kosak im Kreml einen Einfluss auf die Lösung der Situation im Donbass?

VON VLADIMIR SOLOVJEV



Putins Problemlöser in der Ukraine: Dmitri Kosak

Russlands Präsident Wladimir Putin hat seinen bisher für die politischen Beziehungen zur Ukraine und zur international nicht anerkannten Republik Donbass zuständigen Berater abberufen. An die Stelle von Wladislaw Surkow, der fast sieben Jahre lang diese Themen betreute, tritt jetzt Dmitri Kosak. Der Weggang des Hardliners Surkow wurde in Kiew mit Enthusiasmus begrüßt, man schließt daraus, dass Moskau seine Haltung in Bezug auf den Donbass mildern könnte.

Schon seit dem Sommer vergangenen Jahres wurde darüber spekuliert, wer neuer Chefunterhändler für den Donbass werden könnte. Über die Möglichkeit einer Rotation sprach man schon bald nachdem Petro Poroschenko, der in Moskau als nicht verhandlungsbereit galt, bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen Wolodymyr Selenskyj unterlegen war. Mit Selenskyj, der Frieden im Donbass zu seinem zentralen Ziel erklärte, verband sich die Hoffnung auf einen Ausweg aus der Sackgasse.

Erste Gespräche ergaben sich im Sommer vergangenen Jahres, als Moskau und Kiew über einen Gefangenenaustausch verhandelten. Zunächst verständigten sich die beiden Präsidenten in mehreren Telefonaten über die Rahmenbedingungen, dann wurden ihre Assistenten und weitere Beamte einbezogen.

Im September kam es zum Austausch unter der Formel „35 gegen 35“. Zusammen mit den in Russland inhaftierten ukrainischen Seeleuten konnte auch der Regisseur Oleg Senzow nach Hause fahren. Den Weg in die entgegengesetzte Richtung nahmen russische Bürger, die in der Ukraine Haftstrafen abzulösen hatten, unter ihnen auch der wegen Hochverrats angeklagte Journalist Kirill Wschynski.

Bald darauf wurde bekannt, dass auf russischer Seite nicht nur der langjährige Ukraine-Berater im Kreml und Assistent Putins Surkow mit dem Austausch befasst war, sondern auch Kosak, zu dieser Zeit stellvertretender Ministerpräsident in der russischen Regierung. Er war es, der rasch den Kontakt zu Andrij Jermak hergestellt hatte, der als Assistent Präsident Selenskyjs für die Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine zuständig ist. Schon damals wurde darüber spekuliert, ob der aus der Ukraine stammende Kosak bald zur führenden Figur der russischen Ukrainepolitik werden könnte.

Die Gerüchte bestätigten sich im Januar, als Kosak nach dem Rücktritt der Regierung Dmitri Medwedjews aus der

Regierung im Weißen Haus in den Kreml wechselte und stellvertretender Chef der Präsidentsverwaltung wurde. Surkow reagierte darauf mit seinem Rücktrittsgesuch, das Putin lange nicht unterzeichnete. Am 18. Februar schließlich kam es doch zu Surkows offizieller Entlassung.

Surkow kommentierte den Vorgang mit keinem Wort. Alexej Tschesnakow jedoch, Direktor des Zentrums für politische Konjunktur und Surkows Vertrauter – so etwas wie das Sprachrohr Surkows in den sozialen Netzwerken – erklärte dessen Entscheidung mit einem Kurswechsel bezüglich der Ukraine.

Bisher gibt es keinerlei offizielle Hinweise darauf, in welche Richtung Moskaus Kurs sich ändern könnte oder ob er sich überhaupt ändert. Vielmehr erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow: „Alle Verlautbarungen über einen Kurswechsel gegenüber der Ukraine entsprechen nicht den Tatsachen und geben lediglich den Standpunkt desjenigen wieder, der diese Äußerungen macht.“

Man weiß allerdings, dass Surkow und Kosak in der Einschätzung der Lage häufig unterschiedlicher Auffassung waren.

Angeblich kam es zwischen den beiden Vertrauten Putins wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit dem Donbass, und zwar sowohl in ökonomischen als auch in politischen Fragen.

Mittelbar wurde dies kürzlich durch Selenskyjs Assistenten Jermak bestätigt, seit Februar 2020 Chef der Präsidentsverwaltung des ukrainischen Präsidenten. Jermak und Kosak wirkten nicht nur aus der Entfernung bei dem genannten Gefangenenaustausch zusammen, sie trafen sich laut der Zeitung *Kommersant* auch mehrere Male in Minsk, wo sie über eine mögliche politische Lösung des Konflikts im Donbass gesprochen haben sollen. Dabei äußerte sich Jermak höchst positiv über Kosak. Seiner Einschätzung nach sei der neue stellvertretende Chef der russischen Präsidentsverwaltung eher bereit zum Dialog als Surkow.

Surkow hatte von ukrainischer Seite nie Komplimente zu erwarten, und ihm lag eigentlich auch nicht daran. Er misstraute den Ukrainern. Außerdem machte der ehemalige Assistent Putins nie einen Hehl aus seiner äußerst harten Position gegenüber Kiew, auch nicht aus seinen Sympathien für die international

nicht anerkannten Donezker und Lugansker Volksrepubliken (DNR und LNR), mit deren Entstehung er, wie es heißt, unmittelbar zu tun hatte.

Die Lösung des Konflikts im Donbass wäre nach Auffassung Surkows letztlich die Schaffung eines Mini-Russlands innerhalb der Ukraine. Die Donezker und Lugansker Volksrepubliken seien für ihn Gebiete, für die eigene Gesetze gelten sollten, nicht die der Ukraine, und die in einer besonderen, privilegierten Beziehung zu Moskau stehen sollten. Dies alles gesetzlich zu verankern, auch in der ukrainischen Verfassung, sei Sache des ukrainischen Staates selbst.

Von dieser Einstellung wollte Wladislaw Surkow keinen Millimeter abweichen, und er verlangte von der ukrainischen Seite immer die strikte Befolgung aller Punkte des Minsker Abkommens in genau der festgelegten Reihenfolge. Das führte zu Streit mit Kiew.

Die ukrainische Seite wollte erst die Kontrolle über das Grenzgebiet zu Russland wiedererlangen und erst danach gesonderte Wahlen für die regionalen Regierungen der Regionen Donezk und Luhansk (ORDLO) abhalten. Moskau dagegen verwies immer darauf, dass im

Minsker Abkommen eine andere Reihenfolge verankert sei und beharrte darauf: zuerst Wahlen (das heißt die Bildung einer von Kiew anerkannten Regierung in den Donezker und der Luhansker Republiken), danach erst Wiederherstellung der Kontrolle über die Grenzen durch die ukrainische Regierung.

Jüngstes Beispiel für die Kontroverse darüber war der Gipfel im „Normandie-Format“, der am 9. Dezember in Paris stattfand. Surkow gehörte dabei zu den russischen Unterhändlern. Auf der abschließenden Pressekonferenz der vier Staatschefs diskutierte Putin mit seinem ukrainischen Amtskollegen Selenskyj unter anderem darüber, wann und wie der ukrainischen Regierung die Kontrolle über die Grenzen übergeben werden solle, sowie über den Sonderstatus der beiden sogenannten Volksrepubliken. Putin bekräftigte damals, dass deren Sonderstatus in der Verfassung der Ukraine verankert werden müsse. Selenskyj antwortete darauf, die ukrainische Regierung sei nicht willens, das grundsätzliche Ziel einer Föderalisierung des Landes zu ändern. „Wir werden keinerlei Beeinflussung der politischen Führung der Ukraine zulassen.“

Kosak hat den Ruf eines Pragmatikers, der Probleme lösen kann. Zwar war er vor dem Wechsel auf seinen derzeitigen Posten in der Präsidentsverwaltung als stellvertretender Ministerpräsident für die Energiewirtschaft zuständig, doch ist ihm das Problemfeld der postsowjetischen Länder nicht fremd. Im Juni 2019 wurde mit Hilfe seines von Putin sanktionierten persönlichen Eingreifens in der Republik Moldau der allmächtige Oligarch Vladimir Plahotniuc schnell und unblutig entmacht.

Kosaks Pragmatismus zeigte sich damals deutlich. Um erfolgreich zwischen der prorussischen, vom Kreml unterstützten Partei der Sozialisten (PSRM) und dem prowestlichen Block Acum, zu dem auch die rechte Partei „Plattform Würde und Wahrheit“ (PAD) und die Partei „Aktion und Solidarität“ (PAS) gehörten, vermitteln zu können, garantierte er dem Block Acum den Posten des Premiers in der postoligarchischen Regierung.

Man könnte schwerlich sagen, wann in der jüngeren Geschichte, vor allem nach Ausbrechen der ukrainischen Krise und dem damit zusammenhängenden Konflikt zwischen Russland und dem Westen, Moskaus Unterhändler jemals ruhige Gespräche mit Parteien und Politikern geführt hätten, die sich offen dafür einsetzten, dass ihr Land sich so weit wie möglich von Russland und dessen Interessen distanzieren sollte. Kosak war dazu instande.

Wenn sich in naher Zukunft bestätigen sollte, dass es jetzt ein von Kosaks zentralen Aufgaben ist, die Rücknahme oder wenigstens eine wesentliche Milderung der auf Russland lastenden Sanktionen zu erreichen, könnte der neue Ansatz des Kremls die Lösung des Konflikts im Donbass ermöglichen. Diese Hoffnung stützt, dass Kosak schon einmal mit einer international nicht anerkannten Republik im postsowjetischen Raum zu tun hatte, gerade im Kontext ihrer Reintegration: Im Jahre 2003 entwarf er den Plan für eine Rückkehr der Pridnestrowschen Moldauischen Republik (Transnistrien) in die Rechtsstaatlichkeit von Kischinew (Chişinău).

Vladimir Solovjev
ist Moldau-Korrespondent der
russischen Tageszeitung
Kommersant.

9D

FORTSETZUNG VON SEITE 1 „KANN ERAUCH POLITIK?“

Polizei einen gewissen Rang einnimmt, das Recht hat, nicht schlechter, wenn nicht sogar besser zu leben als ein mittelständischer Geschäftsmann.

Das ist der Hintergrund einer Reihe von Enthüllungen und Verhaftungen, die die Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren schockierten, weil man selbst bei den Trägern von Schulterklappen weniger hoher Dienststränge Millionen Dollar und Milliarden Rubel fand. Wie Ruben Enikolopow, Rektor der New Economic School, einer privaten Wirtschaftshochschule in Moskau, scharf und offen kommentierte: „Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass eines der wesentlichsten Hemmnisse für das Wirtschaftswachstum das russische Rechtssystem ist, welches das Eigentum nicht schützt, die Korruption nicht bekämpft und oft genug als Knüppel zur Lösung bei geschäftlichen Streitigkeiten eingesetzt wird.“

Damit sich die Unternehmen entwickeln und die Wirtschaft erholen können, muss die Regierung paradoxerweise ihrem eigenen Machtblock entgegenzutreten, also all jenen, die für gewöhnlich als erste auf die Staatskasse zugreifen. Am

schwierigsten wird es dabei sein, jener Gruppe von Personen zu widerstehen, die man „Putins Politbüro“ nennt, von denen die meisten gar keine wichtigen Ämter innehaben.

Hat die neue Regierung, in der es kaum noch politische Schwergewichte gibt, genug Willen und Entschlossenheit? Nicht ohne Grund charakterisiert die Politologin Tatjana Stanowaja sie alle zusammen folgendermaßen: „Sie sind konfliktstreu, pflichtbewusst, anpassungsfähig und politisch unauffällig. Putin könnte ihr Vater sein, sie gehören zur nächsten Generation, die in einer anderen, digitalen Welt lebt, die von der alternden Führung kaum verstanden wird.“

Mischustins politische Widerstandsfähigkeit gegen alle „Freunde“, Lobbyisten und Leiter staatlicher Unternehmen wird natürlich nicht ausreichen, wenn Putin nicht selbst zum Garanten für die Unabhängigkeit dieser Regierung wird. Dies liegt primär in seinem eigenen Interesse: Gerade diese Personen sollen den Präsidenten in der schwierigen Periode des großen Machttransits begleiten.

In einer Zeit des empfindlichen Einkommensrückgangs, des beinahe sta-

gnierenden Wirtschaftswachstums, aufsehenerregender Korruptionsskandale und nicht zuletzt drückender Sanktionen ist Russland ein sehr zögerliches Land. Mischustin und seine Regierung werden sich die Gunst der Bevölkerung erkämpfen müssen.

Das wird nur mit einem Ergebnis möglich sein: Es braucht Wirtschaftswachstum. Nur damit wären die frustrierten Bürger zu überzeugen. Bislang erwarten laut Umfragen 46 Prozent der Russen von der neuen Regierung keine positiven Veränderungen, 9 Prozent gar eine Verschlechterung. Pessimistisch sind auch Experten.

In konzentrierter Form brachte das Andrei Mowtschan, einer der besten russischen Wirtschaftskommentatoren, in einem Artikel für die Carnegie-Stiftung zum Ausdruck. Mit einem ironischen Blick auf die neue Regierung, die eher einer Rechnungskammer ähnelt, weil so viele von ihnen ehemalige Mitarbeiter der Steuerbehörde sind, vergleicht er die Situation mit dem typisch russischen Warten auf einen wundersamen Umbruch, eine überraschende und irrationale Wendung zum

Besseren. „Die zentrale Aufgabe von Putins Politikökonomie ist es, so viel Steuern einzutreiben wie möglich“ so der Autor. „Aus diesem Grund wurde der erfolgreiche Leiter der föderalen Steuerbehörde Chef der Regierung. Weshalb man erwarten sollte, dass uns nun ein Anstieg der steuerlichen Belastung bevorsteht, zumindest in Gestalt einer extensiven Steuereintreibung, aber vermutlich nicht nur.“

Von künftigen Erfolgen Mischustins sieht Mowtschan nur einen voraus: die Bevölkerung und Wirtschaft auszupeitschen. Aber die ersten Schritte des neuen Ministerpräsidenten bestätigen die zentralen Thesen des prominenten Ökonomen keinesfalls: Im Gegenteil, die neue Regierung nahm die Diskussion über die Senkung der Sozialbeiträge von 30 auf 23-25 Prozent wieder auf.

Diese Reform kann zu einem Rückgang der Schwarzarbeit, steigenden Einkommen für die Bevölkerung und Gewinnen für die Wirtschaft führen und die Wettbewerbsfähigkeit steigern. In der Diskussion über die neue Regierung gehen russische Kommentatoren in keiner Weise darauf ein, dass die ge-

wählte Option für die westlichen Partner und im Prinzip auch für Investoren vermutlich die akzeptabelste ist. Es wäre wahrscheinlich falsch zu glauben, Ziel der Einsetzung des neuen Kabinetts seien nicht ausländische oder generell private Investitionen, sondern nur mehr staatliche Regulierung.

Wirtschaftswachstum ohne eine weitere Öffnung der Wirtschaft ist in der heutigen Welt kaum möglich. Die Überwindung der Isolation wird für die neue Regierung die zentrale Frage sein. Mischustin ist, genau wie die anderen Neulinge in seiner Regierung, für den Westen im Kontext der kontroversen Probleme und der daraus folgenden Sanktionen nicht belastet. Kein einziger von ihnen steht in aktiver Beziehung zu den Ereignissen auf der Krim oder im Donbass, keiner von ihnen gilt als Propagandist oder Geschichtsrevisionist.

Die europäische Wirtschaft hat zurechnungsfähige und ideologisch nicht verblendete Partner bekommen. Man sollte auch nicht vergessen, dass Mischustin als seriöser Geschäftsmann zu den Gründern des Internationalen Computerklubs gehörte, einer Organisation,

die fast allen wichtigen Herstellern der rasant wachsenden Computerwelt Geschäfte in Russland ermöglichte.

Buchstäblich in der ersten Stunde nach seiner Ernennung bezeichneten die meisten Kommentatoren Mischustin als einen technischen Ministerpräsidenten. Ob er zu einem politischen wird, hängt von zwei Personen ab: von Putin und von Mischustin selbst. Die Art und Weise, wie der neue Regierungschef empfangen wurde, deutet darauf hin, dass seine Aussichten auf die Loyalität der Elite sehr hoch sind. Unter den Bedingungen des Machtwandels erhält diese Loyalität einen neuen hohen Stellenwert.

Für Mischustin selbst ist es möglicherweise eine interessante und reizvolle Herausforderung, Politiker zu werden. Aber es ist ein Gang über ein Minenfeld: Das Ziel ist klar, aber die Perspektive diffus.

Viktor Loschak ist Chefredakteur dieser Zeitung auf russischer Seite

9D